

Bundesvereinigung der Anstaltsleiter und Anstaltsleiterinnen im Justizvollzug e.V.
Arbeitskreis Recht
Der Vorsitzende

Bundesministerium
 der Justiz und für Verbraucherschutz
 MR Dr. Bernd Moritz Bösert
 Mohrenstraße 37
 10117 Berlin

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	
Abl. <u>II</u>	Ref. <u>AA</u>
07.09.2015 09:01	
Anlagen	
geheftet	fach
	Doppel

RegDirektor a.D. Dr. Rolf Herrfahrdt,
 Fiemhagen 52
 30823 Garbsen
 ☎ 05137/76744
 ☎ 05137/817099
 ✉ dr.rolf.herrfahrdt@arcor.de

Garbsen, den 05.09.2015

Betr.: Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gemäß § 63 StGB des Strafgesetzbuches
 Bezug: Ihr Schreiben vom 18. Mai 2015 – II A 1 zu 40123 – 7 – 3 – 23 215/2015 -

Sehr geehrter Herr Dr. Bösert!

IIA1: Fern Remas Bg 2015

JMR

Der Arbeitskreis Recht hat mit großem Interesse den Entwurf gelesen. Da der Entwurf den Strafvollzug nur mittelbar berührt, haben wir von einer eingehenden Stellungnahme Abstand genommen. Dennoch wird der Arbeitskreis Recht einige Anregungen aus dem Entwurf in die Lösungsvorschläge für die Vollzugspraxis übernehmen.

So begrüßen wir die Pflicht zum Wechsel der externen Gutachter und die Klarstellung, daß mit der Begutachtung nur ärztliche oder psychologische Sachverständige beauftragt werden, die über forensisch-psychiatrische Sachkunde **und** praktische Erfahrungen verfügen. Auch wird die Begründung zu Buchstab e, c, d und e ausdrücklich unterstützt.

Dagegen wird die verfassungsgerichtliche Kontrolldichte und die Prüfintervalle – wie schon in den Strafvollzugsgesetzen und den Gesetzen zur Sicherungsverwahrung als ineffizient und praxisfremd angesehen (siehe Seite 37 des Entwurfes).

Gefährlichkeitsprognosen müssen auch im Strafvollzug und insbesondere bei der Sicherungsverwahrung erstellt werden. Hier wäre die Einführung des Begriffes „besondere Umstände“ hilfreich, um besondere Härten zu vermeiden.

Zweifelhaft ist es, ob eine mündliche Anhörung mittels Videokonferenztechnik (Bild – Ton – Übertragung) bei stark persönlichkeitsgestörten Untergebrachten einen umfassenden Eindruck von dem Untergebrachten vermitteln kann (siehe zu Buchstaben b).

zu 4012/3-7-3-23 252/2015

- 2 -

Im Strafvollzug nimmt der Anteil der psychisch auffälligen Strafgefangenen ständig zu. Deshalb wird sich die Tagung der Bundesvereinigung der Anstaltsleiter und Anstaltsleiterinnen im nächsten Jahr hauptsächlich mit diesem Problem befassen. Wir setzen uns aus diesem Grund dafür ein, daß es eine größere gesetzlich geregelte Durchlässigkeit vom Strafvollzug zum Maßregelvollzug geben müßte. Einen Anfang hat hier das Land Mecklenburg – Vorpommern gemacht. Wir begrüßen es, wenn das Bundesjustizministerium diese Tendenzen unterstützen würde.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Rolf Herrfahrdt